

Bürgermeister Hermann Temme:

- **Folie 1 (Haushalt 2013)**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Ratsmitglieder, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Vertreter der Presse.

Marie von Ebner-Eschenbach, eine österreichische Schriftstellerin, sagte einmal:

- **Folie 2 (Was wir ...)**

„Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt morgen aussieht.“

Wir könnten auf unseren Heimatort Brakel heruntergebrochen feststellen, dass das, was wir mit den Haushaltsplänen der Vergangenheit und mit dem Haushaltplan für 2013 heute hier gemeinsam weiter entwickeln, darüber entscheidet, wie sich morgen in unserer schönen und liebenswerten Stadt lebt. Unsere Zukunft und die unserer Kinder und Enkelkinder liegen auch in unserer Hand. Ich will Ihnen die Finanzsituation unserer Stadt einmal mit interkommunalen Statistiken näher bringen, ohne hierbei ein Ranking zu erstellen.

- **Folie 3 (Die Steuer- und Gebührensätze bleiben stabil)**

Zunächst die Kernaussage, der Verwaltungsentwurf des Haushalts 2013 sieht keine Erhöhung der Steuer- und Gebührensätze vor.

- **Folie 4 (Vergleich StGB-Mitgliedskommunen)**

Eine aktuelle Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW belegt, dass im Jahr 2012 nur 35 Mitglieder des Verbandes einen strukturellen Haushaltsausgleich erreichen können. Das bedeutet, dass den gesetzlich geforderten Normalfall nur rund zehn Prozent der Mitgliedskommunen erreichen können. Weitere 183 Kommunen schaffen den Haushaltsausgleich nur, indem sie ihr Eigenkapital weiter aufzehren. Bis Ende 2012 haben 264 StGB NRW Mitgliedsstädte und –gemeinden ihre Ausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht. Für 2013 erwarten dies 33 Kommunen und für die Folgejahre noch einmal 18 Kommunen. Dies bedeutet, dass im Finanzplanungszeitraum insgesamt 315 der 359 StGB NRW-Mitgliedskommunen –etwa 87 Prozent- ihre Ausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht haben werden. Elf Kommunen haben bereits jetzt das Eigenkapital vollständig aufgezehrt – im Vorjahr noch sieben. Bei weiteren 17 Mitgliedskommunen zeichnet sich eine Überschuldung bis zum Jahr 2014 ab.

Die entscheidende Ursache für die zunehmende strukturelle Unterfinanzierung der Städte- und Gemeinden ist der – von diesen seit langen Jahren nicht mehr steuerbare – Anstieg der Sozialaufwendungen. Die jährlichen Aufwendungen für soziale Leistungen belaufen sich für die NRW-Kommunen mittlerweile auf mehr als 13 Mrd. Euro. Allein im Jahr 2011 hat es nochmals eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent gegeben. Die Übernahme der Grundsicherung im Alter und die Erwerbsminderung durch den Bund ab 2012 ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Kommunen. Wenn die Situation der Kommunen nachhaltig verbessert werden soll, müssen allerdings weitere Entlastungen, vor allem bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, folgen. Die Belastung durch die Kreisumlage ist somit auch in diesem Jahr das bestimmende Thema bei der Aufstellung der Kommunalhaushalte. Obwohl der Kreis Höxter (im Gegensatz zum Kreis Paderborn) einen moderaten Anstieg der Kreisumlage gewählt hat, werden die Sozialausgaben entgegen jeder demografischen Entwicklung weiter ansteigen. Von daher ist auch in den kommenden Jahren mit weiter steigender Kreisumlage zu rechnen.

Trotz diesen Abwärtstrends sehen sich die Kommunen aber gleichzeitig mit immer größeren Erwartungen bei kostenträchtigen Aufgaben konfrontiert. Dies betrifft nicht nur bekannte Themen wie den Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige, die Sicherstellung des Lebensunterhaltes der leistungsberechtigten Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sondern auch neue Herausforderungen wie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Die Zielsetzung der Konvention wird von den Kommunen ausdrücklich unterstützt, doch ohne die notwendigen Ressourcen wird der Inklusionsprozess nicht gelingen.

Aber nun zum Haushalt der Stadt Brakel. Auch wir können unseren Haushalt nicht mehr strukturell ausgleichen. Der Haushalt 2013 kann nur durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von knapp 1,3 Mio. € ausgeglichen werden. Das Defizit gestaltet sich ähnlich der Minderzuweisungen an Schlüsselzuweisungen für 2013 gegenüber dem Vorjahr.

Denn neben den steigenden Sozialausgaben ist der gemeindliche Finanzausgleich eine weitere Ursache für unseren unausgeglichenen Haushalt. Die Gemeindefinanzierungsgesetze des Landes sind unausgewogen und unzureichend. Es ist erwiesen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger, also Menschen die in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden leben, eklatant von der allgemeinen Entwicklung der Landeszuweisungen abgekoppelt werden.

- **Folie 5 (Schlüsselzuweisungen)**

Wohl sind von 2000 bis 2012 die Schlüsselzuweisungen an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie die Kreise von rund 272 Euro pro Einwohner auf 281 Euro pro Einwohner gestiegen. Dies entspricht einem Anstieg von 3,4 Prozent.

Im selben Zeitraum wuchsen die Schlüsselzuweisungen an die kreisfreien Städte aber um 48,7 Prozent – von 317 Euro pro Einwohner auf 472 Euro pro Einwohner.

Dabei lässt sich dieses Auseinanderdriften nicht mit einer für den kreisfreien Raum nachteiligen Entwicklung der Steuereinnahmen erklären. Diese verläuft seit 2000 nahezu parallel zum kreisangehörigen Raum, wobei die Steuereinnahmen pro Einwohner in den großen Städten deutlich höher sind als in den kreisangehörigen Kommunen. Auch der Hinweis auf die stark steigenden Sozialaufwendungen ist keine Erklärung dafür, so der Städte- und Gemeindebund. Zwar sind die Sozialkosten Hauptursache für die Misere der Kommunalfinanzen. Jedoch fällt der prozentuale Anstieg im kreisangehörigen Raum eher noch höher aus als in den Großstädten. Dies zeigt, dass es ein grundsätzliches Problem in den Strukturen des kommunalen Finanzausgleichs gibt.

Zur Abschätzung des Finanzbedarfs zieht das Land die tatsächlichen Ausgaben der Kommunen heran, berechnet aber auf der anderen Seite (fiktive Hebesätze) das Einnahmepotential so, dass ein großer Teil der realen Steuerkraft der Großstädte unberücksichtigt bleibt. Von daher ist eine Entwicklung zu Lasten der kreisangehörigen Städte- und Gemeinden vorprogrammiert. Gegenüber den kreisangehörigen Kommunen verbleibt den kreisfreien Städten in jedem Jahr ein „Einnahmenvorteil“ von mindestens 500 Mio. €, die ihnen ohne Anrechnung im kommunalen Finanzausgleich verbleiben. Das Land hat an den entscheidenden Stellen Grundsatzentscheidungen getroffen, die in ihrem Zusammenwirken den kreisangehörigen Raum ausbluten lassen. Der Landesgesetzgeber sollte deshalb nicht abwarten, bis der Verfassungsgerichtshof NRW über die Klagen von 45 Kommunen u.a. Brakel entscheidet, ob hier bereits die Grenze zur Verfassungswidrigkeit überschritten ist.

- **Folie 6 (Investitionsschulden interkommunal)**

Einen weiteren dicken Brocken, den die Steuerzahler zwischen Rhein und Weser schultern müssen, sind die langfristigen Investitionsschulden der Kommunen. So belasten gut 26,2 Mrd. Euro langfristige Investitionskredite die Kommunaletats. Das sind durchschnittlich 1.468,00 € pro Einwohner in NRW.

- **Folie 7 (unrentierliche Schulden Stadt)**

Häufig weniger beachtet, aber nicht weniger schwerwiegend sind die Kassenkredite. Eigentlich sind sie dazu gedacht, einen kurzfristigen finanziellen Engpass zu überbrücken. Doch mittlerweile haben sich die Kassenkredite in vielen Städten und Gemeinden zu einem zusätzlichen Schuldenberg aufgetürmt. Mit bis zu 6.870 € pro Einwohner in der Spitze sind die 396 NRW Städte und Gemeinden inzwischen mit kurzfristigen Krediten belastet.

Insgesamt summierten sich die kurzfristigen Kassenkredite zum Jahresende 2012 auf gut 24,3 Mrd. Euro, Tendenz steigend. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kommunaldispos damit um 10 Prozent gestiegen. Somit beträgt die Verschuldung der NRW-Kommunaletats etwa rd. 60 Mrd. Euro – ohne die Verbindlichkeiten öffentlicher Unternehmen-.

- **Folie 8 (Landkarte Kassenkredite)**

Es gibt aber auch einen erfreulichen Aspekt bei den Kassenkrediten. 136 (u.a. Brakel) von 396 Städten und Gemeinden im Lande kommen ohne Liquiditätskredite über die Runden. Die jüngsten Daten von ITNRW zeigen auch, dass Kommunen, die traditionell keine oder geringe langfristigen Investitionsschulden haben, regelmäßig auch keine Liquiditätskredite kennen.

- **Folie 9 (Investitionen)**

Wir haben im Gesamthaushalt der Stadt rund 8,6 Mio. € an Investitionen, wovon rd. 1,9 Mio. € für den Grunderwerb sind, eingeplant.

Bei der Stadt handelt es sich um eine Gesamtsumme von 2,8 Mio. €, davon 1,5 Mio. € Grunderwerb.

Beim Versorgungsunternehmen VUBRA um einen Betrag von 1 Mio. € und beim Kommunalunternehmen KUBRA um 4,7 Mio. €.

Wie Sie es gewohnt sind, haben wir die einzelnen Investitionen je Produkt entsprechend erläutert. In diesem Jahr sind die geplanten Investitionen für jeden Teilhaushalt im Kontenplan auch noch einmal komprimiert aufgelistet, so dass Sie für jede Sparte einen Gesamtüberblick haben.

Die geplanten Investitionen, sie werden es bei näherer Betrachtung des Haushalts 2013 feststellen, sind in Investitionen in unsere Zukunft, in unsere Kinder, sei es für die U3-Betreuung unserer Kleinsten oder für die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler und in den Erhalt und Aufrechterhaltung der Lebensqualität unserer Stadtbezirke. Auch der Hochwasserschutz und die Barrierefreiheit, sowie die Weiterentwicklung Brakels ist ein beherrschendes Thema im Haushalt. Ich betone, dass diese Investitionen bis auf die Investitionen des Wasser- und Abwasserwerks durch Zuweisungen und Investitionspauschalen finanziert werden. Den Abschreibungen stehen somit aufzulösende Sonderposten in gleicher Höhe zur Verfügung. Der Haushalt 2013 ist damit, wie die Haushalte zuvor, ein Musterbeispiel für Generationengerechtigkeit. Kredite werden nicht aufgenommen. Lediglich in den rentierlichen Bereichen von KUBRA und VUBRA sind Kreditaufnahmen veranschlagt. Hier müssen wir in naher Zukunft die Rekommunalisierung von E.on Westfalen-Weser und Mitte diskutieren bzw. ob wir in erneuerbare Energien investieren.

Die im Wirtschaftsplan VUBRA veranschlagten Kreditermächtigungen sind somit rentierliche Schulden, die nach Zahlung des Kapitaldienstes immer noch Ertrag bringen und im Rahmen des steuerlichen Querverbundes das Defizit unserer Bäder abdecken sollen.

Jetzt mag jeder von Ihnen vor seinem geistigen Auge ein Ranking durchführen, wie er die Finanzsituation der Stadt einordnet. Bedauerlich ist nur, dass es nicht gelingt, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und mit dem Griff in die Ausgleichsrücklage einen Eigenkapitalverzehr vornehmen zu müssen.

Im NKF wird viel von Zielen und Kennzahlen gesprochen: Unser oberstes Ziel für die kommenden Jahre muss sein, ausgeglichene Haushalte zu verabschieden.

Ich wünsche den anstehenden Haushaltsberatungen einen guten Verlauf und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.